

Gefahr aus der Mitte der Gesellschaft

Rechter Terror in Hessen: Ausstellung und Buchvorstellung an der Justus-Liebig-Universität

Gießen – Nach Gießen ist eine Wanderausstellung gekommen, die ein Thema sichtbar macht, das in Hessen seit Jahrzehnten präsent ist und dennoch oft unterschätzt wird. Unter dem Titel „Rechter Terror in Hessen“ zeigt sie im Ausstellungsraum der Universitätsbibliothek der Justus-Liebig-Universität (JLU) vom 8. Juni bis 11. Juni ausgewählte Fälle schwerster rechter Gewalttaten aus allen Regionen des Bundeslandes. Ergänzt wurde die Ausstellung durch eine Buchvorstellung im Seminargebäude II im Alten Steinbacher Weg, bei der die Politikwissenschaftler Sascha Schmidt und Yvonne Weyrauch zentrale Erkenntnisse aus ihrem Werk „Rechter Terror in Hessen. Geschichte, Akteure, Orte“ erläuterten. Rund 40 bis 45 Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil.

Das Gesamtprojekt wurde von der Professur für Erziehungswissenschaft organisiert und durch das Dekanat des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften sowie die Universitätsbibliothek ermöglicht. Die vom DGB-Bildungswerk Hessen initiierte und von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung geförderte Ausstellung umfasst 24 Roll-ups, die jeweils einen Fall oder einen größeren Tatkomplex dokumentieren. Grundlage sind die Recherchen von Schmidt und Weyrauch, die seit Jahren zu rechter Gewalt in Hessen forschen. Dabei wird deutlich, dass an vielen Taten bis heute nichts an die Verbrechen erinnert. Nur wenige Orte verfügen über Gedenktafeln oder sichtbare Formen des Erinnerns.

Kontinuitäten rechter Gewalt

Schmidt und Weyrauch machten in ihrer Buchvorstellung deutlich, dass rechter Terror in Hessen kein neues Phänomen ist. Seit der Gründung des Bundeslandes haben mindestens 21 Menschen durch rechte Gewalt ihr Leben verloren. Die jüngeren Fälle – darunter der Mord an Dr. Walter Lübcke, der Anschlag von Hanau oder der Mordversuch von Wächtersbach – seien nicht isoliert zu betrachten, sondern Teil einer längeren Geschichte rechter Bedrohung und Ideologie. Schmidt erläuterte, dass der Anstoß für das Buch aus dem öffentlichen Umgang mit rechten Gewalttaten entstand.



Der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke wurde in der Nacht zum 2. Juni 2019 aus nächster Nähe erschossen. FLORIAN WIEGAND/DPA

In vielen Debatten sei sichtbar geworden, wie wenig Wissen über rechten Terror in der Gesellschaft vorhanden sei. Zwar gebe es wissenschaftliche Arbeiten, dennoch sahen die beiden „viele Wissenslücken“. Ziel ihres Buches sei es gewesen, diese Lücken zu schließen, Fälle systematisch aufzuarbeiten und Verbrechen zurück in das öffentliche Bewusstsein zu holen, die bereits in Vergessenheit geraten seien. Der Anschlag von Hanau habe die Frage verstärkt, warum Hessen immer wieder als Tatort rechter Gewalt auftauche und ob es strukturelle Zusammenhänge gebe. In ihrer historischen Einordnung zeichneten Schmidt und Weyrauch die Entwicklung rechter Gewalt seit 1945 nach.

Deutlicher Anstieg ab den 70er Jahren

Die ersten Jahrzehnte seien geprägt gewesen von Einschüchterungsversuchen, antisemitischen Schmierereien und ersten Anschlagplänen. Ab den 1970er Jahren zeige sich jedoch ein deutlicher Anstieg. Schmidt formulierte es so: „Rechter Terror zieht sich wie ein roter Faden durch die Historie Hessens.“ Die erste Hochphase zwischen Ende der 1970er Jahre und 1982 sei geprägt gewesen von hoch ideologisierten Kleingruppen, die

Sprengstoffanschläge verüben. Motive waren Antikommunismus, Antiamerikanismus und der Versuch, die Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu verhindern.

Weyrauch ergänzte Beispiele aus dieser Zeit: die „Europäische Befreiungsfront“, die „Hepp-Kexel-Gruppe“ oder Anschläge, die von Hessen ausgingen oder hessischen Tätern zugeschrieben wurden. Auch rassistische Gewalt spielte bereits eine Rolle, etwa bei Anschlägen in Kassel oder Darmstadt Anfang der 1980er Jahre. Die zweite Hochphase rechter Gewalt setzte nach der Wieder-

vereinigung ein. Nationalistische Stimmungen, rechte Jugendkulturen und ein Klima gesellschaftlicher Verunsicherung führten zu einer Vielzahl situativer, oft tödlicher Gewalttaten. Schmidt verwies auf den Brandanschlag in Lampertheim 1992, bei dem ein Ehepaar aus Sri Lanka und ihr einjähriges Kind starben. Der Mord an Ali Bayram 1994 in Darmstadt wurde erst 30 Jahre später juristisch korrekt als rassistisch und politisch motiviert eingeordnet. Die Zahlen aus dieser Zeit sind deutlich: Zwischen 1991 und 1994 gab es in Hessen 115 rechtsmotivierte Brandstif-



Yvonne Weyrauch und Sascha Schmidt geben Einblicke in die historischen und aktuellen Formen rechten Terrors in Hessen. FELIX MÜLLER

tungen, 75 Körperverletzungsdelikte und mehr als 110 Verletzte. Die Dunkelziffer liege vermutlich deutlich höher.

Die dritte Hochphase, die ab 2014/2015 einsetzt, ist geprägt von einer breiten Vielfalt an Tätertypen und Motiven. Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete, Drohungen, Messerattacken und Brandstiftungen zeigen, dass rechte Gewalt sich zunehmend in den öffentlichen Raum verlagert. Weyrauch betonte, dass Frankfurt heute als Hotspot politisch rechts motivierter Körperverletzungsdelikte gilt. „Wir sind in einer weiteren Hochphase des rechten Terrors angelangt“, erklärte sie. Schmidt verwies auf weitere Fälle: Anschlagpläne eines Bundeswehrosoldaten aus Glashütten, vereitelte Terrorpläne eines 17-jährigen Offenbachers oder die Umsturzpläne der Reichsbürger-Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß, deren Strukturen auch in Hessen verankert waren. Ein gefährlicher Trend sei die zunehmende Radikalisierung junger Menschen, häufig über soziale Medien.

Erhebliches Ausmaß

In ihrer Einordnung machten Schmidt und Weyrauch deutlich, dass Hessen im bundesweiten Vergleich zwar keine Hochburg rechter Organisationsstrukturen sei. Dennoch zeigten rund 1492 offiziell gezählte Straftaten zwischen 1991 und 2014, dass das Ausmaß rechter Gewalt erheblich sei. Auch weniger ausgeprägte Strukturen könnten gefährlich werden, wenn Einzelpersonen oder Kleingruppen Gewalt ausübten. Die Ausstellung und die Buchvorstellung verfolgen daher nicht nur ein historisches Anliegen. Sie fragen auch danach, wie Gesellschaft, Politik und Institutionen mit rechtem Terror umgehen, wie Erinnerung gestaltet wird und welche Verantwortung demokratische Gesellschaften angesichts fortbestehender Bedrohungen tragen. Ziel sei es, das Thema stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen und Diskussionen anzuregen. Nach dem Auftakt an der JLU wandert die Ausstellung weiter durch Stadt und Landkreis Gießen. Stationen sind unter anderem Biebertal, Grünberg und das Gießener Rathaus. Damit soll das Thema dorthin getragen werden, wo rechte Gewalt stattgefunden hat – in die Mitte der Gesellschaft. FELIX MÜLLER